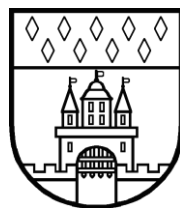


Amtsblatt

Kreisstadt



Steinfurt

Ausgegeben am: **19.09.2024**

Nr.: **20/2024**

INHALT:

Lfd. Nr.	Titel	Seite
62/2024	Bebauungsplan Nr. 1b "St. Marien - zwischen Altenberger Straße und Gantenstraße" - 23. Änderung der Kreisstadt Steinfurt, Stadtteil Borghorst hier: Rechtsverbindlichkeit.....	2
63/2024	Bebauungsplan Nr. 31 "Markt / Burgstraße" - 10. Änderung der Kreisstadt Steinfurt, Stadtteil Burgsteinfurt hier: Rechtsverbindlichkeit.....	6
64/2024	Bebauungsplan Nr. 30 "An der Hohen Schule" - 2. Änderung der Kreisstadt Steinfurt, Stadtteil Burgsteinfurt hier: Rechtsverbindlichkeit.....	10
65/2024	Bebauungsplan Nr. 20 "Staufenstraße / Lindenstraße" - 7. Änderung der Kreisstadt Steinfurt, Stadtteil Borghost 1. Änderung gemäß § 13 Baugesetzbuch (BauGB) 2. Durchführung der öffentlichen Auslegung gemäß § 13 (2 und 3) i.V.m. § 3 (2) BauGB in der Zeit vom 27.09.2024 bis 28.10.2024.....	14

Bekanntmachung

Bebauungsplan Nr. 1b "St. Marien - zwischen Altenberger Straße und Gantenstraße" - 23. Änderung der Kreisstadt Steinfurt, Stadtteil Borghorst hier: Rechtsverbindlichkeit

Der Rat der Kreisstadt Steinfurt hat in seiner Sitzung am 12.09.2024 die 23. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 1b "St. Marien – zwischen Altenberger Straße und Gantenstraße" mit den Festsetzungen nach § 9 Baugesetzbuch (BauGB) und § 89 Bauordnung NRW als Satzung zusammen mit der Begründung beschlossen:

„Gemäß § 10 (1) Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), in der zuletzt geänderten Fassung, und §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Neufassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW 1994 S. 666), in der zuletzt geänderten Fassung, wird die 23. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 1b „St. Marien - zwischen Altenberger Straße und Gantenstraße“ mit ihren Festsetzungen nach § 9 BauGB und § 89 BauO NRW als Satzung beschlossen. Die Begründung wird ebenfalls beschlossen.“

Der Geltungsbereich ist in den als Anlage beigefügten Kartenausschnitten ersichtlich.

Es wird darauf hingewiesen,

dass gemäß § 7 (6) der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14.07.1994 (GV NW 1994 S. 666), in der zuletzt geänderten Fassung, die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen gegen diese Satzung nach Ablauf von sechs Monaten seit der Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann,

es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt,
- b) die Satzung oder der Flächennutzungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der/die Bürgermeister/in hat den Satzungsbeschluss vorher beanstandet, oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Kreisstadt Steinfurt vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt, und

dass die Verletzung der in § 214 des Baugesetzbuches vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), in der zuletzt geänderten Fassung, bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften gemäß § 215 BauGB dann unbeachtlich ist, wenn sie nicht innerhalb von einem Jahr seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Kreisstadt Steinfurt geltend gemacht worden ist. Mängel des Abwägungsvorgangs sind ebenfalls unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb von einem Jahr seit dieser Bekanntmachung gegenüber der Kreisstadt Steinfurt geltend gemacht worden sind. Der Sachverhalt, der die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften oder den Mangel der Abwägung begründen soll, ist schriftlich darzulegen.

Auf die Vorschriften des § 44 (3) Satz 1 und 2 sowie (4) des Baugesetzbuches vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), in der zuletzt geänderten Fassung, über die Entschädigung von durch den Bebauungsplan eintretenden Vermögensnachteilen sowie über die Fälligkeit und das Erlöschen entsprechender Entschädigungsansprüche wird hingewiesen.

Die 23. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 1b „St. Marien – zwischen Altenberger Straße und Gantenstraße“ und die Begründung liegen gemäß § 10 (3) BauGB bei der Stadtverwaltung Steinfurt im Rathaus, Stadtteil Borghorst, Emsdettener Straße 40, Zimmer 238 bis 240 vom Tage dieser Bekanntmachung an zu jedermanns Einsicht während der Dienststunden öffentlich aus. Über ihren Inhalt wird auf Verlangen Auskunft gegeben. Darüber hinaus sind die rechtsverbindlichen Bebauungspläne online über die Homepage der Stadt Steinfurt unter der Rubrik „Aktuelle Bauleitplanverfahren“ ersichtlich. Auf die Überleitungsvorschriften in § 233 BauGB wird hingewiesen.

Dieses wird gemäß §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW 1994 S. 666), in der zuletzt geänderten Fassung, öffentlich bekannt gemacht.

Übereinstimmungsbestätigung:

Gemäß § 2 (3) Bekanntmachungsverordnung (BekanntmVO) wird hiermit bestätigt, dass der Wortlaut des vorstehenden Beschlusses mit dem Beschluss des Rates vom 12.09.2024 übereinstimmt und dass nach § 2 (1) und (2) BekanntmVO verfahren worden ist.

Bekanntmachungsanordnung:

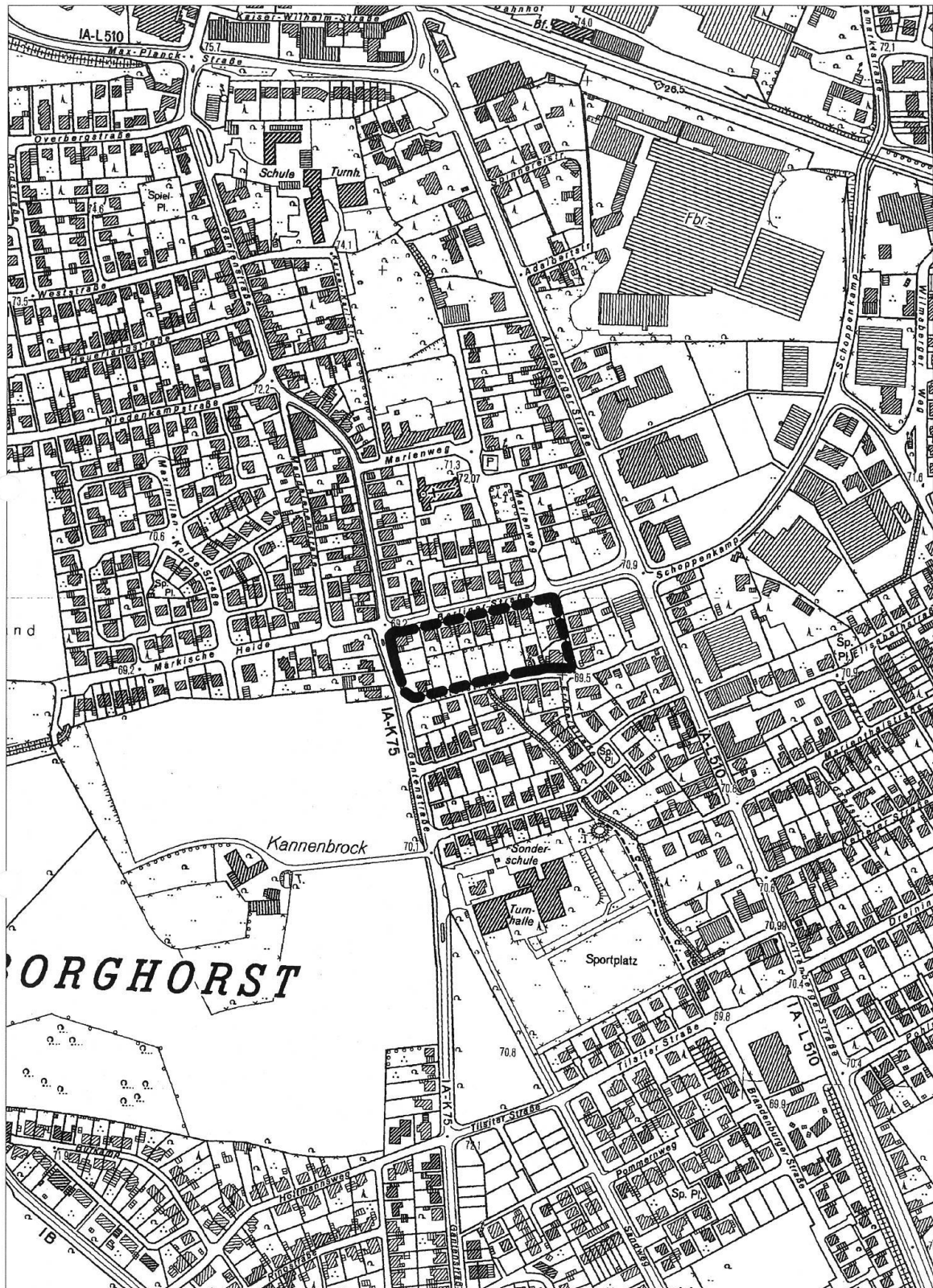
Gemäß § 2 (4) BekanntmVO wird die vorstehende Bekanntmachung hiermit angeordnet. Vorstehendes wird hiermit gemäß § 10 (3) BauGB in der Fassung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) und § 15 der Hauptsatzung der Kreisstadt Steinfurt vom 02.01.2024 (Abl. 01/2024, S. 2 - 12), jeweils in der zuletzt geänderten Fassung, öffentlich bekannt gemacht.

Mit der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung wird gemäß § 10 (3) BauGB die 23. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 1b "St. Marien – zwischen Altenberger Straße und Gantenstraße" rechtsverbindlich.

Steinfurt, 16.09.2024

Kreisstadt Steinfurt
Die Bürgermeisterin
Az.: III/61/sb

gez. Bögel-Hoyer
Bürgermeisterin



Übersichtsplan
(ohne Maßstab)





Bekanntmachung

Bebauungsplan Nr. 31 "Markt / Burgstraße" - 10. Änderung der Kreisstadt Steinfurt, Stadtteil Burgsteinfurt hier: Rechtsverbindlichkeit

Der Rat der Kreisstadt Steinfurt hat in seiner Sitzung am 12.09.2024 die 10. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 31 "Markt / Burgstraße" mit den Festsetzungen nach § 9 Baugesetzbuch (BauGB) und § 89 Bauordnung NRW als Satzung zusammen mit der Begründung beschlossen:

„Gemäß § 10 (1) Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), in der zuletzt geänderten Fassung, und §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Neufassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW 1994 S. 666), in der zuletzt geänderten Fassung, wird die 10. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 31 „Markt / Burgstraße“ mit ihren Festsetzungen nach § 9 BauGB als Satzung beschlossen. Die Begründung wird ebenfalls beschlossen.“

Der Geltungsbereich ist in den als Anlage beigefügten Kartenausschnitten ersichtlich.

Es wird darauf hingewiesen,

dass gemäß § 7 (6) der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14.07.1994 (GV NW 1994 S. 666), in der zuletzt geänderten Fassung, die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen gegen diese Satzung nach Ablauf von sechs Monaten seit der Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann,

es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt,
- b) die Satzung oder der Flächennutzungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der/die Bürgermeister/in hat den Satzungsbeschluss vorher beanstandet, oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Kreisstadt Steinfurt vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt, und

dass die Verletzung der in § 214 des Baugesetzbuches vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), in der zuletzt geänderten Fassung, bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften gemäß § 215 BauGB dann unbeachtlich ist, wenn sie nicht innerhalb von einem Jahr seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Kreisstadt Steinfurt geltend gemacht worden ist. Mängel des Abwägungsvorgangs sind ebenfalls unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb von einem Jahr seit dieser Bekanntmachung gegenüber der Kreisstadt Steinfurt geltend gemacht worden sind. Der Sachverhalt, der die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften oder den Mangel der Abwägung begründen soll, ist schriftlich darzulegen.

Auf die Vorschriften des § 44 (3) Satz 1 und 2 sowie (4) des Baugesetzbuches vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), in der zuletzt geänderten Fassung, über die Entschädigung von durch den Bebauungsplan eintretenden Vermögensnachteilen sowie über die Fälligkeit und das Erlöschen entsprechender Entschädigungsansprüche wird hingewiesen.

Die 10. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 31 „Markt / Burgstraße“ und die Begründung liegen gemäß § 10 (3) BauGB bei der Stadtverwaltung Steinfurt im Rathaus, Stadtteil Borghorst, Emsdettener Straße 40, Zimmer 238 bis 240 vom Tage dieser Bekanntmachung an zu jedermanns Einsicht während der Dienststunden öffentlich aus. Über ihren Inhalt wird auf Verlangen Auskunft gegeben. Darüber hinaus sind die rechtsverbindlichen Bebauungspläne online über die Homepage der Stadt Steinfurt unter der Rubrik „Aktuelle Bauleitplanverfahren“ ersichtlich. Auf die Überleitungsvorschriften in § 233 BauGB wird hingewiesen.

Dieses wird gemäß §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW 1994 S. 666), in der zuletzt geänderten Fassung, öffentlich bekannt gemacht.

Übereinstimmungsbestätigung:

Gemäß § 2 (3) Bekanntmachungsverordnung (BekanntmVO) wird hiermit bestätigt, dass der Wortlaut des vorstehenden Beschlusses mit dem Beschluss des Rates vom 12.09.2024 übereinstimmt und dass nach § 2 (1) und (2) BekanntmVO verfahren worden ist.

Bekanntmachungsanordnung:

Gemäß § 2 (4) BekanntmVO wird die vorstehende Bekanntmachung hiermit angeordnet. Vorstehendes wird hiermit gemäß § 10 (3) BauGB in der Fassung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) und § 15 der Hauptsatzung der Kreisstadt Steinfurt vom 02.01.2024 (Abl. 01/2024, S. 2 - 12), jeweils in der zuletzt geänderten Fassung, öffentlich bekannt gemacht.

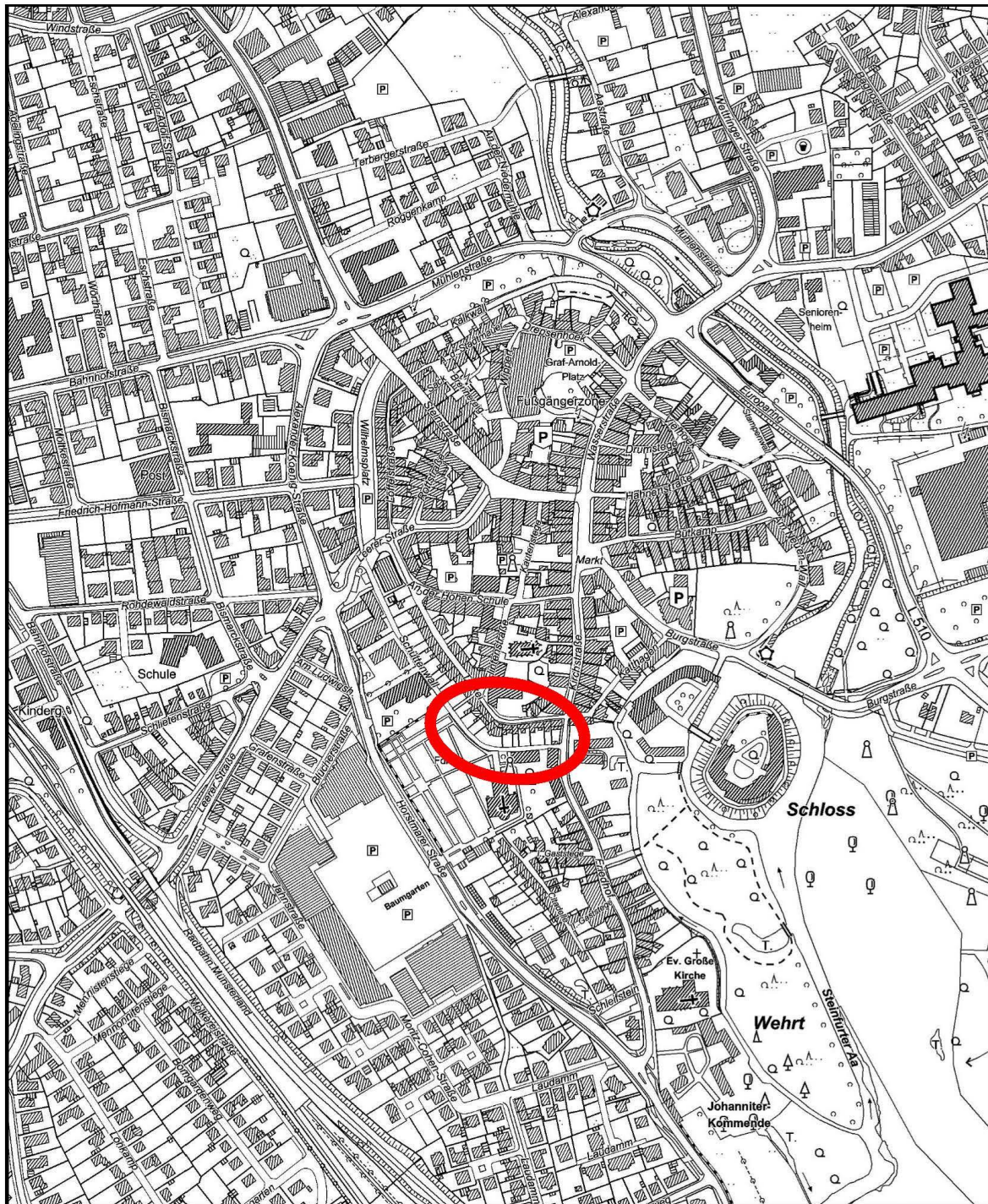
Mit der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung wird gemäß § 10 (3) BauGB die 10. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 31 "Markt / Burgstraße" rechtsverbindlich.

Steinfurt, 16.09.2024

Kreisstadt Steinfurt
Die Bürgermeisterin
Az.: III/61/sb

gez. Bögel-Hoyer
Bürgermeisterin

Kreisstadt Steinfurt, Stadtteil Burgsteinfurt
Bebauungsplan Nr. 31 „Markt / Burgstraße“ – 10. Änderung
Übersichtsplan

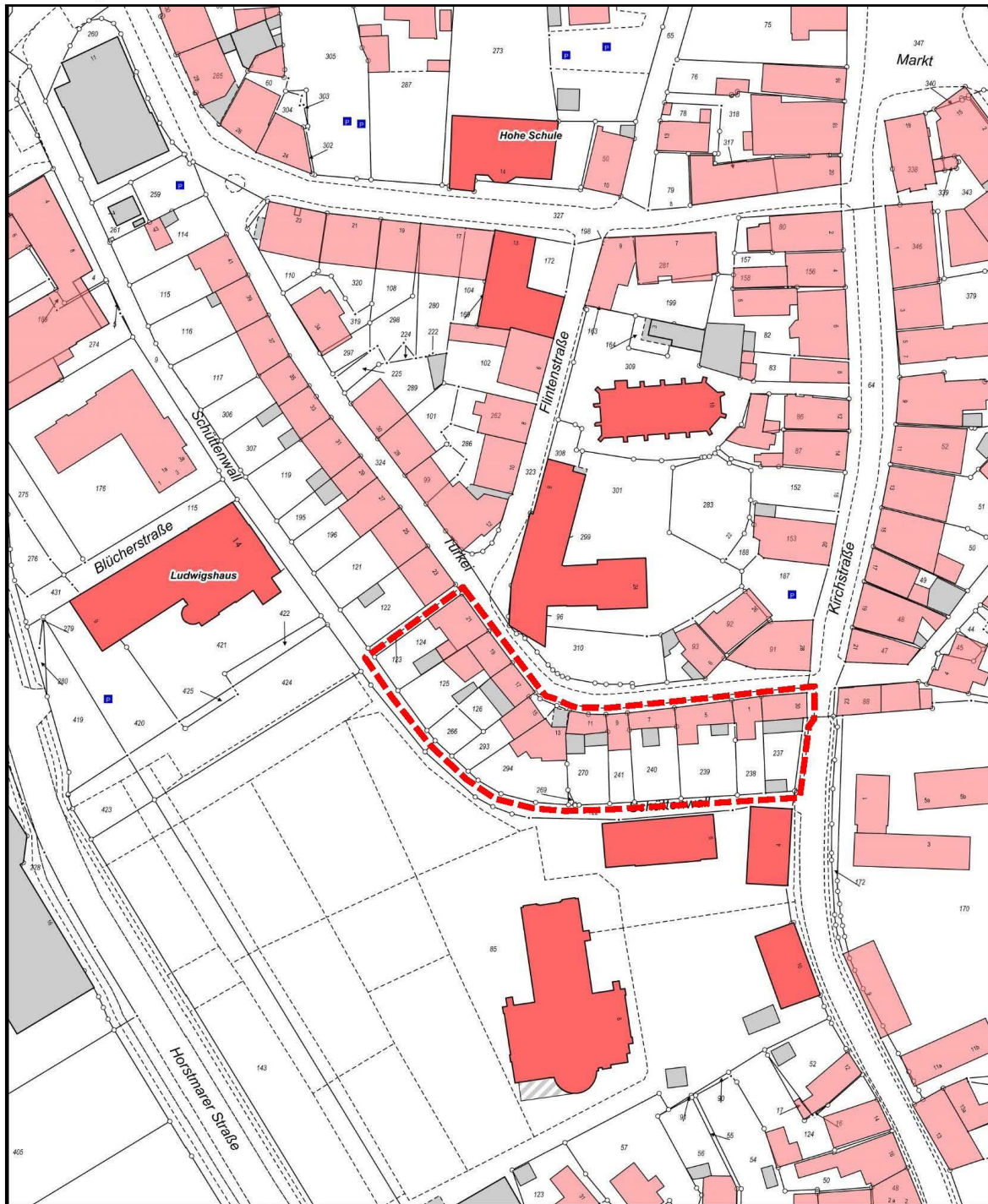


Kreisstadt Steinfurt
Fachdienst Stadtplanung und Bauordnung

Maßstab 1 : 5.000



Kreisstadt Steinfurt, Stadtteil Burgsteinfurt
Bebauungsplan Nr. 31 „Markt / Burgstraße“ – 10. Änderung
Geltungsbereich



Kreisstadt Steinfurt
Fachdienst Stadtplanung und Bauordnung

Maßstab 1 : 1.250



Bekanntmachung

Bebauungsplan Nr. 30 "An der Hohen Schule" - 2. Änderung der Kreisstadt Steinfurt, Stadtteil Burgsteinfurt hier: Rechtsverbindlichkeit

Der Rat der Kreisstadt Steinfurt hat in seiner Sitzung am 12.09.2024 die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 30 "An der Hohen Schule" mit den Festsetzungen nach § 9 Baugesetzbuch (BauGB) und § 89 Bauordnung NRW als Satzung zusammen mit der Begründung beschlossen:

„Gemäß § 10 (1) Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), in der zuletzt geänderten Fassung, und §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Neufassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW 1994 S. 666), in der zuletzt geänderten Fassung, wird die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 30 „An der Hohen Schule“ mit ihren Festsetzungen nach § 9 BauGB als Satzung beschlossen. Die Begründung wird ebenfalls beschlossen.“

Der Geltungsbereich ist in den als Anlage beigefügten Kartenausschnitten ersichtlich.

Es wird darauf hingewiesen,

dass gemäß § 7 (6) der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14.07.1994 (GV NW 1994 S. 666), in der zuletzt geänderten Fassung, die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen gegen diese Satzung nach Ablauf von sechs Monaten seit der Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann,

es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt,
- b) die Satzung oder der Flächennutzungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der/die Bürgermeister/in hat den Satzungsbeschluss vorher beanstandet, oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Kreisstadt Steinfurt vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt, und

dass die Verletzung der in § 214 des Baugesetzbuches vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), in der zuletzt geänderten Fassung, bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften gemäß § 215 BauGB dann unbeachtlich ist, wenn sie nicht innerhalb von einem Jahr seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Kreisstadt Steinfurt geltend gemacht worden ist. Mängel des Abwägungsvorgangs sind ebenfalls unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb von einem Jahr seit dieser Bekanntmachung gegenüber der Kreisstadt Steinfurt geltend gemacht worden sind. Der Sachverhalt, der die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften oder den Mangel der Abwägung begründen soll, ist schriftlich darzulegen.

Auf die Vorschriften des § 44 (3) Satz 1 und 2 sowie (4) des Baugesetzbuches vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), in der zuletzt geänderten Fassung, über die Entschädigung von durch den Bebauungsplan eintretenden Vermögensnachteilen sowie über die Fälligkeit und das Erlöschen entsprechender Entschädigungsansprüche wird hingewiesen.

Die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 30 „An der Hohen Schule“ und die Begründung liegen gemäß § 10 (3) BauGB bei der Stadtverwaltung Steinfurt im Rathaus, Stadtteil Borghorst, Emsdettener Straße 40, Zimmer 238 bis 240 vom Tage dieser Bekanntmachung an zu jedermanns Einsicht während der Dienststunden öffentlich aus. Über ihren Inhalt wird auf Verlangen Auskunft gegeben. Darüber hinaus sind die rechtsverbindlichen Bebauungspläne online über die Homepage der Stadt Steinfurt unter der Rubrik „Aktuelle Bauleitplanverfahren“ ersichtlich. Auf die Überleitungsvorschriften in § 233 BauGB wird hingewiesen.

Dieses wird gemäß §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW 1994 S. 666), in der zuletzt geänderten Fassung, öffentlich bekannt gemacht.

Übereinstimmungsbestätigung:

Gemäß § 2 (3) Bekanntmachungsverordnung (BekanntmVO) wird hiermit bestätigt, dass der Wortlaut des vorstehenden Beschlusses mit dem Beschluss des Rates vom 12.09.2024 übereinstimmt und dass nach § 2 (1) und (2) BekanntmVO verfahren worden ist.

Bekanntmachungsanordnung:

Gemäß § 2 (4) BekanntmVO wird die vorstehende Bekanntmachung hiermit angeordnet. Vorstehendes wird hiermit gemäß § 10 (3) BauGB in der Fassung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) und § 15 der Hauptsatzung der Kreisstadt Steinfurt vom 02.01.2024 (Abl. 01/2024, S. 2 - 12), jeweils in der zuletzt geänderten Fassung, öffentlich bekannt gemacht.

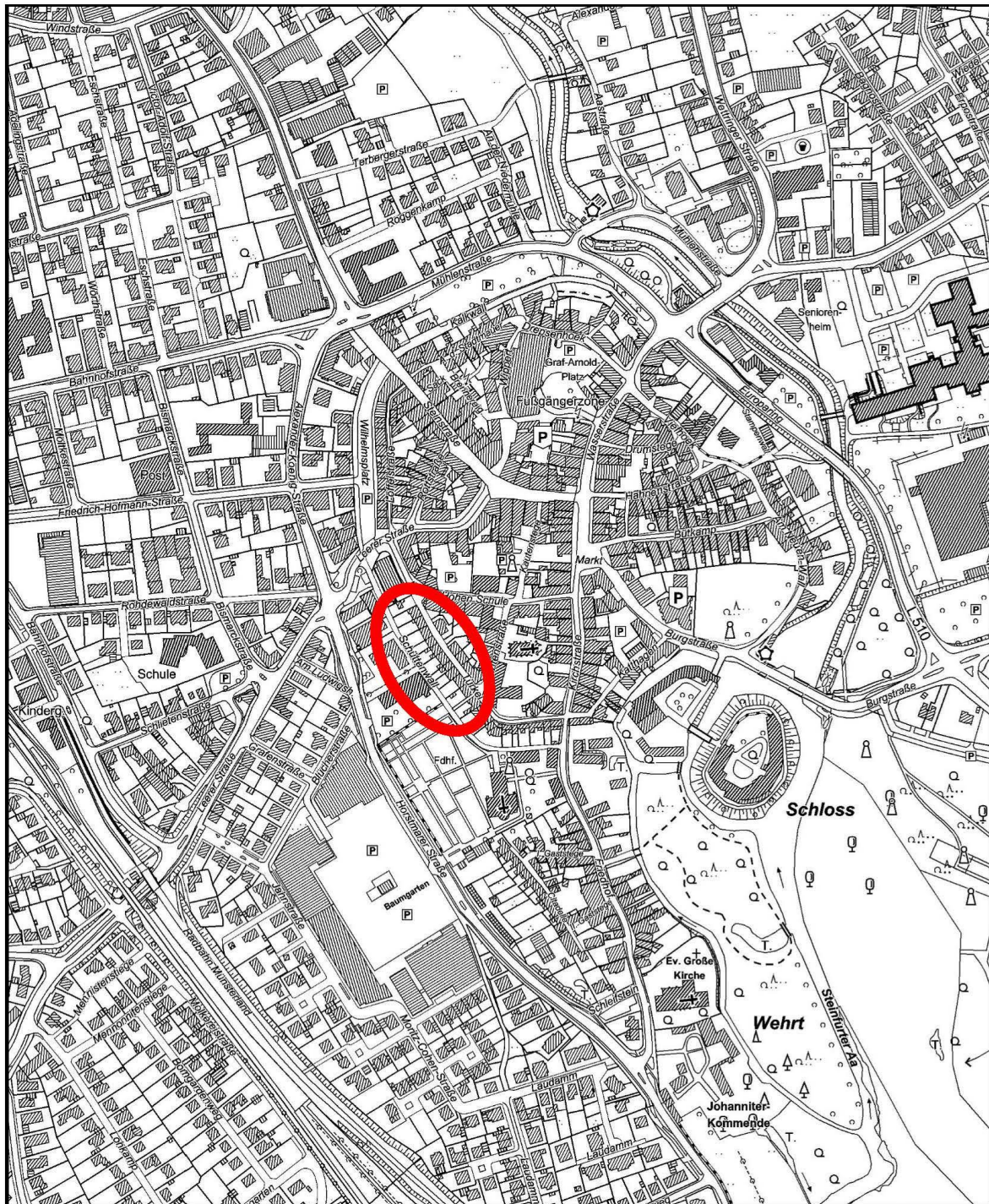
Mit der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung wird gemäß § 10 (3) BauGB die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 30 "An der Hohen Schule" rechtsverbindlich.

Steinfurt, 16.09.2024

Kreisstadt Steinfurt
Die Bürgermeisterin
Az.: III/61/sb

gez. Bögel-Hoyer
Bürgermeisterin

Kreisstadt Steinfurt, Stadtteil Burgsteinfurt
Bebauungsplan Nr. 30 „An der Hohen Schule“ – 2. Änderung
Übersichtsplan

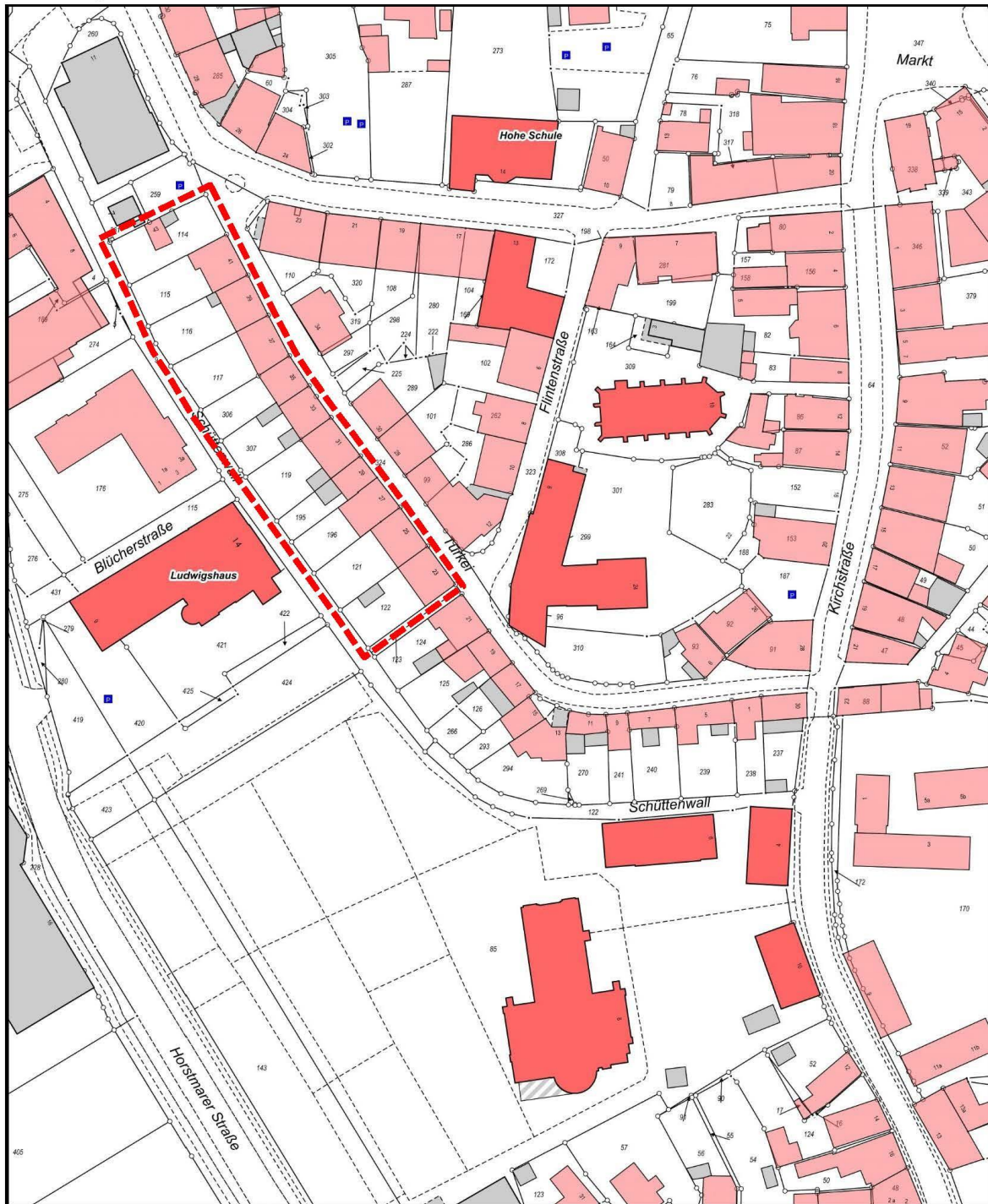


Kreisstadt Steinfurt
Fachdienst Stadtplanung und Bauordnung

Maßstab 1 : 5.000



Kreisstadt Steinfurt, Stadtteil Burgsteinfurt
Bebauungsplan Nr. 30 „An der Hohen Schule“ – 2. Änderung
Geltungsbereich



Kreisstadt Steinfurt
Fachdienst Stadtplanung und Bauordnung

Maßstab 1 : 1.250



Bekanntmachung

Bebauungsplan Nr. 20 "Staufenstraße / Lindenstraße"

- 7. Änderung der Kreisstadt Steinfurt, Stadtteil Borghorst

1. Änderung gemäß § 13 Baugesetzbuch (BauGB)

2. Durchführung der öffentlichen Auslegung gemäß § 13 (2 und 3)

i.V.m. § 3 (2) BauGB in der Zeit vom 27.09.2024 bis 28.10.2024

1. Änderung gemäß § 13 Baugesetzbuch (BauGB)

Der Rat der Kreisstadt Steinfurt hat in seiner Sitzung am 14.03.2024 folgenden Beschluss gefasst:

„Der rechtsverbindliche Bebauungsplan Nr. 20 „Staufenstraße / Lindenstraße“ soll im Bereich des Grundstückes Ecke Welfenstraße / Staufenstraße gem. § 13 BauGB wie folgt geändert werden:

„Die festgesetzte nördliche Baugrenze auf den Flurstücken 182 und 183 wird bis auf einen Abstand von 3,00 m zur Welfenstraße in Richtung Norden verschoben. Die Baugrenze wird in einem Abstand von 3,00 m zur Eckausrundung der Welfenstraße in die westliche Baugrenze auf dem Flurstück 182 weitergeführt.

Die bisher auf den Flurstücken 182 und 183 festgesetzten westlichen und östlichen Baugrenzen bleiben in ihrer Lage unverändert. Dieses sind zur Staufenstraße 3,50 m Abstand und zur östlichen Grundstücksgrenze 5,00 m Abstand.

Die westliche Baugrenze zur Staufenstraße darf durch einen Balkon im 1. Obergeschoss in einer Breite von 3,00 m und einer Tiefe von 1,50 m überschritten werden.

Die festgesetzte zwingende Zweigeschossigkeit mit Dachneigungen von 25° - 30° wird unverändert beibehalten.

Ergänzend wird eine maximal zulässige Traufhöhe von 7,20 m und eine maximal zulässige Firsthöhe von 10,00 m, jeweils gemessen ab Rohfußboden des Erdgeschosses, festgesetzt.

Die festgesetzte Firstrichtung wird von der Nord-Süd-Ausrichtung in die West-Ost-Ausrichtung um 90° gedreht.

Die Oberkante des Fertigfußbodens des Erdgeschosses darf maximal 0,20 m über der Höhe des vorhandenen Gehweges im geplanten Eingangsbereich von der Welfenstraße aus liegen.

Auf dem Flurstück 182 wird parallel zur Staufenstraße in einem Abstand von 2,00 m eine Fläche für Nebenanlagen in einer Breite von 3,00 m festgesetzt.

Eine weitere Fläche für Nebenanlagen wird in der südöstlichen Ecke des Flurstückes 183 in der Größe von 5,00 x 5,00 m festgesetzt.

Die weiteren heute üblichen Festsetzungen in Allgemeinen Wohngebieten zur Gestaltung der Außenanlagen, Einfriedungen etc. werden übernommen.“

Der Geltungsbereich der 7. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 20 „Staufenstraße / Lindenstraße“ umfasst die Flurstücke 182 und 183 in der Flur 20, Gemarkung Borghorst.

Die Größe des Änderungsbereiches beträgt 358 m².

Der Geltungsbereich der 7. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 20 „Staufenstraße / Lindenstraße“ ist im beigefügten Flurkartenausschnitt eindeutig dargestellt.

Es wird festgestellt, dass durch diese Änderung die Grundzüge der Planung nicht berührt werden.

Naturschutzrechtliche Eingriffsregelung:

Durch die 7. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 20 „Staufenstraße / Lindenstraße“ werden gegenüber dem rechtsverbindlichen Bebauungsplan leicht veränderte Baugrenzen festgesetzt. Gegenüber dem gültigen Planungsrecht sind die nach Norden erweiterte Baufläche und die Flächen für die Nebenanlagen (Abstellräume) als zusätzliche Versiegelungen zu nennen. Alle weiteren Festsetzungen des bisherigen Bebauungsplanes gelten unverändert weiter, so auch die Grund- und Geschossflächenzahlen. Es entsteht somit kein nennenswerter zusätzlicher Eingriff in Natur und Landschaft, da die zusätzlichen versiegelbaren Flächen nur als geringfügig zu betrachten sind. Da im Änderungsbereich keine zusätzlichen Baurechte geschaffen werden, werden gem. § 1a (3), Satz 5, Baugesetzbuch (*BauGB*) keine Ausgleichsmaßnahmen erforderlich.

Durch die 7. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 20 „Staufenstraße / Lindenstraße“ sind keine negativen Auswirkungen auf Menschen, Tiere, Pflanzen, Boden, Fläche, Wasser, Luft, Klima und Landschaft, Kulturgüter und sonstige Sachgüter sowie Wechselwirkungen zwischen den vorgenannten Schutzgütern zu erwarten. Durch die geplante Änderung wird der Charakter des Gesamtgebietes nicht verändert.

Eine Umweltverträglichkeitsprüfung und ein Umweltbericht gem. § 2a BauGB sind gem. § 13 (3) BauGB nicht erforderlich. FFH- und Vogelschutzgebiete sind durch die Änderung nicht betroffen und Auswirkungen auf solche auch nicht zu erwarten.

Denkmalpflegerische Belange werden durch diese Änderung nicht berührt.

Der Änderungsbeschluss ist zu fassen und die Beteiligung der betroffenen Öffentlichkeit und der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 13 (2 und 3) i.V.m. § 3 (2) BauGB ist durchzuführen.“

**2. Durchführung der öffentlichen Auslegung gemäß § 13 (2 und 3) i.V.m.
§ 3 (2) BauGB**

Gemäß § 13 (2 und 3) i.V.m. § 3 (2) BauGB sind der Entwurf des Bauleitplanes mit der Begründung sowie den wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Informationen

in der Zeit vom 27.09.2024 bis zum 28.10.2024

im Internet auf der Homepage der Kreisstadt Steinfurt unter der Adresse

www.steinfurt.de/Aktuelle-Bauleitplanverfahren.htm

veröffentlicht.

Die 7. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 20 „Staufenstraße / Lindenstraße“ wird im vereinfachten Verfahren gemäß § 13 BauGB durchgeführt. Da mit der vorgesehenen Änderung keine erheblichen Auswirkungen auf die Umwelt zu erwarten sind, wird von einer Umweltprüfung gemäß § 2 (4) BauGB und von dem Umweltbericht nach § 2a BauGB abgesehen.

Folgende Umweltinformationen sind verfügbar und können ebenfalls eingesehen werden:

- Karte der schutzwürdigen Böden (Geologischer Dienst NRW).

Auf folgende Arten verfügbarer Umweltinformationen zum **Schutzgut Boden** wird hingewiesen:

- Kataster über altlastenverdächtige Flächen und Altlasten / Verzeichnis über schädliche Bodenveränderungen und Verdachtsflächen des Kreises Steinfurt.

Es wird darauf hingewiesen,

1. dass Stellungnahmen während der Dauer der Veröffentlichungsfrist abgegeben werden können,
2. dass Stellungnahmen elektronisch z.B. per E-Mail an stadtplanung@stadt-steinfurt.de übermittelt werden sollen, bei Bedarf aber auch auf anderem Weg z.B. schriftlich oder mündlich zu Protokoll bei der Stadtverwaltung, Fachdienst Stadtplanung und Bauordnung, Zimmer 238 bis 240 abgegeben werden können,
3. dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über den Bauleitplan gemäß § 4a (5) i.V.m. § 3 (2) BauGB unberücksichtigt bleiben können und
4. dass zusätzlich zur Veröffentlichung im Internet die Unterlagen während der Dienststunden im Foyer des Rathauses bzw. Zimmer 238 bis 240, II. Obergeschoss, Emsdettener Straße 40, 48565 Steinfurt, Stadtteil Borghorst, zur Einsichtnahme für die Bürgerinnen und Bürger, aber auch für Kinder und Jugendliche durch eine öffentliche Auslegung zur Verfügung gestellt werden. Jedermann hat die Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung.

Übereinstimmungsbestätigung:

Gemäß § 2 (3) Bekanntmachungsverordnung (BekanntmVO) wird hiermit bestätigt, dass der Wortlaut des vorstehenden Beschlusses mit dem Beschluss des Rates vom 14.03.2024 übereinstimmt und dass nach § 2 (1) und (2) BekanntmVO verfahren worden ist.

Bekanntmachungsanordnung:

Gemäß § 2 (4) BekanntmVO wird die vorstehende Bekanntmachung hiermit angeordnet. Vorstehendes wird hiermit gemäß § 3 (2) BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) und § 15 der Hauptsatzung der Kreisstadt Steinfurt vom 02.01.2024 (Abl. 01/2024, S. 2 - 12), in den jeweils aktuell gültigen Fassungen, öffentlich bekannt gemacht.

Steinfurt, 17.09.2024

Kreisstadt Steinfurt
Die Bürgermeisterin
Az.: III/61/sb

gez. Bögel-Hoyer
Bürgermeisterin



